

# Beitrag.

Donnerstag den 3. April

1851.

P r e u ß e n.

Kammer : Verhandlungen.  
Zweite Kammer.

Zweihundfünfzigste Sitzung vom 1. April.

Präsident Gr. Schwerin eröffnet die Sitzung nach 11 Uhr. Der Handelsminister legt einen Gesetzentwurf über die Rechts-Verhältnisse der Mitgethümern an Bergwerken, mit Ausnahme der westheinschen, vor. Das Gesetz über den Belagerungszustand wird fortgesetzt beraten. Der gestern angenommene Riebsche Antrag wird wiederholt angenommen. Die §§ 3 und 4, wie der Belagerungszustand zu publiciren ist, und den Uebergang der vollziehenden Gewalt an die Militärbefehlshaber anordnend, werden ohne Discussion angenommen. § 5 bezeichnet die Artikel der Verfassung, die suspendirt werden können. Bürger ersucht hierfür „königliche Verordnung“. Regieruugs-Kommissar erklärt sich dagegen. Wenkel befürchtet, man könnte die Artikel, unabhängig vom Belagerungszustande suspendiren. Er beantragt ihnen hierauf gerichteten Zusatz und kommt hierbei auf das gestrige Citat des Ministerpräsidenten zurück. Der Herr Ministerpräsident, sagt der Redner, hat noch vor kurzer Zeit die demokratische Partei eine berechtigte genannt, die auch eine Zukunft haben könne, und doch hat er gestern diese Partei mit einem Ausdruck bezeichnet, von dem es mir nur lieb ist, daß er nicht von dieser Tribüne gefallen und den ich auf dieser Stelle nicht widerholen mag. Ich will nichts weiter sagen, als: dieser Ausdruck hat mich empört! Wenn man aber einmal eine Partei so bezeichnet, wie es der Herr Ministerpräsident gethan, dann wünsche ich wenigstens, daß es ihm schwer gemacht werde, diese Partei jenem Namen gemäß zu behandeln. (Weifall links.)

Ministerpräsident: Ich habe gestern nur, wie ein früherer Redner, eine Stelle aus Göthe citirt und keine Partei damit bezeichnet. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, von der Demokratie zu reden. Ich habe vielmehr diejenigen Leute gemeint, die mit Gift, Doldz und Verrath ihre Zwecke verfolgen. Diese Leute nenne ich aber keine Partei. Die untern Schichten der Bevölkerung haben bereits gelernt, daß die Verführer, die ihnen durch allerlei Vorspiegelungen statt Glück Unglück bereiten, eben nichts weiter als Verführer sind. Eine Partei hat aber nicht gelernt, nämlich die, welche glaubt, sie könne eine Kugel auf einer schiefen Ebene in Lauf setzen und ihr dann nach Belieben in jedem Augenblicke Halt gebieten.

Graf Dyhern berichtigt hierauf, daß es ihm gestern nicht ein gefallen sei, einen Göthe'schen Vers zu citiren und am wenig sten aus den zahmen Xenien.

Das Amendement Bengel wird hierauf erst mit 131 gegen 130 verworfen, dann mit 133 gegen 132 angenommen. Ein Amendement von Bürgers stellt die Suspendirung der Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30, 36 der Verfassung in die Fakultät des Befehlshabers. Dasselbe wird gleichfalls angenommen. Die §§ 6, 7, das Verhältniß der Militärpersonen zu dem Befehlshaber im Belagerungszustande und die Ausübung der Militärgerichtsbarkeit betreffend, veranlassen keine Debatte. Zu § 8

stelle Baumguth ein Amendement, welches den Zweck hat, nur im Falle erschwerender Umstände die Todesstrafe, in der Regel aber die ordentlichen Strafe, eintreten zu lassen." Wengel vertheidigt ein Amendement, welches den Tod für Brandstiftung oder Uebel-  
schwemmung, für Zusammenrottung zum Widerstand, sonst aber nur 10—20jährige Freiheitsstrafe eintreten läßt. Der Justiz-

Minister erließ nun gegen die Anwendung des Systems der mildern Umstände auf den vorliegenden Fall und gegen alle Amendements. Das Amendement Bürgers wird mit 141 gegen 120 abgelehnt. Eben so das Amendement des Abg. Baumgarten. Auch ein zweites eventuelles Amendement Bürgers bleibt mit 123 gegen 133 in der Minderheit. Hierauf wird der Kommissionsantrag mit folgendem Zusatz: „Sind mit Mildernde Umstände vorhanden, so kann das Kriegsgericht, statt auf Todesstrafe, auf 10–20jährige Freiheitsstrafe erkennen“ angenommen. Bei 84 welcher die Strafen für gewisse leichtere Vergehen bestimmt, wird ein Antrag, 14 Tage als Minimum anzunehmen, abgelehnt. Zu § 10 wird beschossen, daß im Bezirke des Appellhofes zu Köln die Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates nur bis zur rechtlichen Geltung des neuen Strafgesetzbuchs als Hoch- und Landesverrath anzusehen. Die §§ 11–15 betreffen die Zusammenfassung des Kriegsgerichts. Sie werden

ohne Aenderung angenommen. § 16, die Suspension der be-  
ziehenden Artikel der Verfassung außerhalb des Belagerungszustan-  
des betreffend, wird dahin angenommen: daß nur die Artikel 5,  
6, 27, 28, 29, 30, 36 oder einzelne derselben suspendirt wer-  
den können.

den dürfen. § 17 stellt Bürgers ein Amendement, dem Zufall anheim: „Die Kammern haben demnach über die Nothwendigkeit des Belagerungs- oder Ausnahme-Zustandes zu entscheiden, und derselbe ist sofort aufzuheben, sobald eine der beiden Kammern dieses beschließt.“ Magerath für diesen Zufall: Alle Ueberschreitungen der königlichen Prerogative einer Regierung als Recht beiseite, führt zu dem Schicksal Jacobs I. Der Beherrschte steht mit dem Regenten „Viancaillu expositu“

mole ruht sua. Keller und der Minister des Innern erblicken in dem Amendement einen Eingriff in die Rechte der vollziehenden Gewalt, die allein dem Könige zustehen. Der Minister des Innern macht auf die Mächtigkeit aufmerksam, welche daraus hervorgehen müßte, wenn die Kammern die Aufhebung des Belagerungszustandes beschließen und das Ministerium in Folge seiner Unverantwortlichkeit denselben fortbauen zu lassen sich veranlaßt fände. v. Binde: Die Anträge seiner Freunde hätten aber die Absicht, den König im Besitz der vollziehenden Gewalt zu schützen und denselben nicht einem Minister

zum auszuheilen, welches eben offen Grundzüge proklamirte, welche eine direkte Verletzung der Verfassung enthielten. Sobald eine Kammer die Aufhebung des Belagerungszustandes beschließen müsse er nach der Verfassung ungesäumt aufgehoben werden. Graf Arnim erinnert daran, daß die aufgelöste zweite Kammer einen solchen Beschluß gefaßt und der vorige Redner zu derjenigen Partei gehört habe, welche in ihren Anträgen jenen Beschluß als einen der gefährlichsten Eingriffe in die Exekutive mißbilligte. Die Auflösung der Kammern, die jenem Beschlusse gefolgt sei, habe in gleichem Maße

**Berlin**, 1. April. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreisrichter Berner zu Lobens dem rothen Alororden vierter Klasse zu verleihen; den bisherigen Vereins-Bevollmächtigten in Dresden, geheimen Regierungs-Rath v. Waßsen, zum Ober-Regierungs-Rath; und den bisherigen Ober-Berg-Rath und Berg-Amts-Direktor zu Bochum, Theodor Jakob, zum geheimen Berg-Rath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen; dem bei dem Berg-Amte zu Siegen angestellten Bergmeister Menzler den Charakter als Bergrath zu verleihen; und die Landes-Oekonomie-Räthe Werdhoff zu Gumbinnen v. Halle zu Königsberg, Bernerke zu Posen und Herzberg zu Stendal zu Regierungs- und Landes-Oekonomie-Räthen und folgender bei den Auseinandersetzungs-Beörden beschäftigten Regierungs-Affessoren Förder zu Posen, v. Rottenberg zu Breslau, Wilhelmy zu Koblenz, Rust zu Stendal und Wegener zu Marienwerder zu Regierungs-Räthen zu ernennen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Kommandeur der 6. Division, Fürst Wilhelm Radziwill, nach Brandenburg.

**Berlin** 1. April. [Herstellung des diplomatischen Verkehrs mit Dänemark. — Gerüchte vom Rücktritte des Hrn. v. Manteuffel.] Es ist hier die offizielle Anzeige eingegangen, daß der Graf Wessen, der schon früher bis zum Jahre 1848 hier accreditirt war, in nächster Zeit wieder darum hier als dänischer Gesandter werde accredit werden. Hiermit stünde denn also auch äußerlich die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unserem und dem dänischen Hofe nahe bevor, da bekanntlich Baron Werthern schon seit geraumer Zeit wieder in Kopenhagen als preussischer Gesandter fungirt.

Man spricht in der Stadt viel davon, daß der König aus Veranlassung der Kaffeler Parade-Angelage sich in die bestimmten Weise mißbilligend ausgesprochen hat. Dies ist denn wohl auch der Grund, daß wirklich in energischer Form Aufklärungen in Kassel verlangt worden sind, und soll es sehr wahrscheinlich sein, daß Graf Rödiger, der Kommandant der preussischen Truppen in Kassel, angewiesen werde, nachträglich die Parade in solenneſter Form abzuhalten. Für das Publikum bedauerte es aber in der That nur eines solchen Vorganges wie des letzten in Kassel, zumal derselbe mit dem so allgemein beliebten Prinzen von Preußen in Verbindung steht, um die ganze Mißstimmung über die untergeordnete und wenig ehrenvolle Rolle, die Preußen in Kurheſsen unausgeseht spielen in ihrer vollen Größe wieder wach zu rufen. Man kann eigentlich im Augenblicke nicht über die Ereignisse und Stimmungen des Tages von hier aus berichten, ohne der mißbilligenden Urtheilungen zu gedenken, denen man aller Orten, und zwar auch — dies sei besonders hervorgehoben — in den konservativsten Kreisen begegnet. „Wie stügen dieses Ministerium noch, so sagen die Männer dieser Partei, wegen seiner unseren Interessen schützenden neuen Politik in den inneren Fragen, wiewohl dessen ganze äußere Politik längst unsere Zustimmung verloren hat. Und daß die deutsche Frage hiernit zur äußeren Politik zählt, brauche ich kaum erst hervorzuheben. Ob die Gerichte über einen nahe bevorstehenden Rücktritt des Hr. v. Mantouffell, die sie vorgestern sich erhalten, nur ein Ausfluß dieser vorhandenen Mißstimmung sind, oder ob sie einen realen Grund haben, weiß ich nicht; sollten sie aber wahr sein, so würden sie nur einen neuen Beweis geben, wie wenig Wurzeln das konstitutionelle Staatsleben bisher bei uns geschlagen hat, denn aus der Stellung den Kammern gegenüber ist wenigstens eine akute Veranlassung nicht zu entnehmen, die Gründe lägen also in andern Sphären. Freilich hat ja Hr. v. Mantouffell selber offen vor der Kammer erklärt: „er werde aus seinem Posten bleiben, so lange der König es befiehlt,“ hier also haben wir allein die Motive für sein Bleiben und Gehen zu suchen.

[Die Rückkehr zum Bundestage betreffend.] Das „Frankfurter Journal“ vom 30. März bringt an der Spitze mit gesperrter Schrift folgende Nachricht: „Sicherem Vernehmen nach hat die preussische Regierung beschlossen, die hier sitzende Bundes-Versammlung durch einen Bevollmächtigten zu beschicken und hat zugleich die übrigen, bis jetzt hier noch nicht vertretenen Kabinete ersucht, ein Gleiches zu thun.“ — Hierzu macht die Nat.-ztg. folgende Bemerkungen: „Diese Eventualität wurde nun zwar seit längerer Zeit angedeutet, doch schien nach Allem noch die österreichische Rückführung auf die letzten preussischen Vorschläge abgewartet zu werden, welche eben insofern als ein Ultimatum bezeichnet wurden, als bei ihrer Ablehnung die Besichtigung Frankfurts in Aussicht genommen wurde. Es muß daher dahin gestellt bleiben, ob die Nachricht des Frankfurter Blattes nicht eine verfrühte ist. — Ein völliges Aufgeben der Dresdener Konferenz von Seiten Preussens würde übrigens in derselben noch nicht liegen; diese könnten, wie früher die Wiener Konferenzen, ihre Beratungen auch neben dem nun vollständig reorganisirten Bundestage fortsetzen. Fraglich dürfte weiter sein, ob Oesterreich und seine Verbündeten der verspäteten Rückkehr in den Palast der Eschenheimergasse nicht erhebliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen versuchen werden. Von Wien aus wurde wenigstens dann und wann die Möglichkeit angedeutet, im äußersten Fall ohne Zuziehung „Preussens und seiner Verbündeten“ in Frankfurt eine Bundesrevision zu beschließen, und es ist zweifel-

haft, ob auf dies letzte, allerdings etwas kühne Mittel, schon verzichtet worden ist."

[Ueber die österreichischen Pläne] berichtet das C. B. unter dem neuesten Datum: „Bekanntlich liegt in Betreff der neuen Constitution des Bundes der Plan vor, eine Executive zu bilden, in welcher Oesterreich und Preußen je zwei, die übrigen deutschen Staaten zusammen drei Stimmen erhalten. Obgleich es nun nicht Intention ist, diese drei Stimmen in der Art zu theilen, daß eine bestimmte Anzahl von Quadratmeilen und Seelen an je einer Stimme participiren, man vielmehr begabigte diese drei Stimmen in der Art zu vergeben, daß bestimmte gebildete Staatsgruppen durch Wahl ihre Vertretung in der Executive einer Regierung aus ihrer Mitte übertragen sollten, so hat auch diese Absicht kaum eine Hoffnung auf Realisation. Man ist schon jetzt vor Eingang der österreichischen Antwort davon unentereicht, daß man in Wien auch in Bezug auf diese Angelegenheit die Baiern vor und zu Bregenz gemachten Zusicherungen aufrecht erhalten will. Demgemäß beanprucht man für Baiern eine fortwährende selbstständige Stimme in der Executive, für die übrigen Königreiche ebenfalls eine in der Art, daß Sachsen, Württemberg und Hannover in der Stimmführung bei der Executive wechseln, die dritte Stimme endlich soll durch einen von den übrigen deutschen Regierungen vorzunehmenden Wahlact einer Regierung, die dann periodisch Sitz in der Executive hätte, übertragen werden. In der Militär-Kommission, der Executions-Behörde sollen neben Preußen und Oesterreich abwechselnd je eins der Königreiche vertreten sein. — Dieser Plan lag wenigstens in Wien vor und es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß er sehr wesentlichen Modificationen unterliegen sollte“.

[Die Kommission der ersten Kammer für Rechtspflege] beantragt: daß die Berathung der provisorischen Verordnung vom 3. Januar 1849 für jetzt und bis zur nächsten Sitzungsperiode vertagt bleibe.

Dieser Antrag ist von der genannten Kommission in Folge eines Anschreibens des Herrn Justizministers gestellt worden. Das Schreiben lautet:

Die auf S. 48 des Art. 105 der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 erlassene provisorische Verordnung vom 3. Januar 1849, betreffend die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungsachen, ist auch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode der ersten Kammer zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt worden. Da jedoch durch die Veranfügung dieser Verordnung die Grundlagen des Untersuchungsverfahrens in dem ganzen Staatsgebiete dieselben geworden sind und die Gründe weggefallen sind, welche das Bestehen verschiedener Strafprozeßgesetze in den älteren Provinzen der Monarchie und in der Rheinprovinz rechtfertigten, so habe ich die möglichst baldige Vorlegung einer allgemeinen Strafprozeßordnung für um so dringlicher erachtet, als voraussichtlich das Strafgebuß für die ganze Monarchie bald ins Leben treten wird und die durch die Verfassungsurkunde gebotene Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe zu einem Einigen durch die möglichste Einheit der Gesetzgebung ihre wesentliche Bedeutung erhält. Ein hinzutretender wichtiger Grund der Beschleunigung lag noch in dem Wunsche, die Kammern der besondern Verfassung der Verordnung vom 3. Januar 1849 zu übergeben. Die Vollenbung des Entwurfs der Strafprozeßordnung und des denselben ergänzenden Gesetzes über die Bildung der Schwurgerichte hat indeß nicht so rasch herbeigeführt werden können, da bei Vorlegung derselben ein übereinstimmender Beschluß der drei Faktoren der Gesetzgebung während der gegenwärtigen Sitzungsperiode auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten gewesen wäre. Es ist deshalb von der sofortigen Vorlegung abgesehen und statt dessen die Veröffentlichung der Entwürfe durch das Justiz-Ministerialblatt angeordnet worden, um allen denjenigen, welche dazu Veran in sich fäßen, und insbesondere den höhern Gerichtsbehörden Veranlassung zu geben, sich darüber zu äußern. — Gleich beim Beginn der nächsten Sitzungsperiode wird, wie ich nicht zweifle, den Kammern sowohl die allgemeine Strafprozeß-Ordnung als ein Gesetz über die Bildung der Schwurgerichte zur Beschlußnahme vorgelegt werden. — Ein. Hochwohlgeboren beehre ich mich, in der Anlage ein Exemplar beider Entwürfe mit dem Ansehnlichen mitzubellen, und bitte, wenn es möglich

Verlin, den 24. März 1851. — (gez.) Simons. — An den Vor-  
sitzenden der Justiz-Kommission der ersten Kammer, Herrn Unter-  
staatssekretär Bode, Hochwohlgeboren hier.

**Berlin**, 1. April. [Die auf die Verbesserung der deutschen Postwesens gerichteten Bestrebungen] der preussischen und der österreichischen Regierung scheinen dem vorgesteckten Ziele jetzt entgegen zu führen. Dem zwischen beiden Regierungen geschlossenen deutsch-österreichischen Post-Vereins-Vertrag traten sofort Baiern und Sachsen, und demnächst Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin und Holstein bei. Das Ziel einer vollständigen deutschen Postreinigung war aber nicht zu erreichen, so lange einerseits Hannover und andererseits die Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung dem Vereine nicht angehörten, weil durch Hannover Oldenburg und die Hansestädte durch den Taxischen Besitz Baden und die Schweiz von dem Vereinsgebiete getrennt wurden. Gegenwärtig ist es dem Vereine nach gelungen, die Hindernisse, welche die sehr verwickelten Verhältnisse und Interessen der Verköndigung entgegensetzten, was Hannover betrifft, ganz und in Bezug auf die Taxis'sche Postverwaltung größtentheils zu beseitigen. Vom 1. Mai an wird in ganz Deutschland, mit Ausnahme weniger nicht bedeutender Bezirke, ein gleicher und mäßiger Portotarif gelten und dem Auslande gegenüber eine Einheit gebildet werden, welche groß und einflussreich genug ist, um für das, was sie bieten kann, entsprechende GegenkonzeSSIONen zu erlangen. Mit den Niederlanden ist ein vorthellhafter Vertrag bereits geschlossen. Mit Frankreich, Belgien, England, Amerika, Italien sind gleich günstige Verträge in Aussicht. So wird in nächster Zeit der Postverkehr Deutschlands eine Vervollkommenung erfahren, die noch vor wenigen Jahren faum geahnet wurde, und der Verkehr nach allen Richtungen hin einen großen Aufschwung gewinnen wird. — Bemerkenswerth ist übrigens, daß die Vortheile der deutschen Postreinigung von einzelnen Regierungen, wie es scheint, nicht erkannt werden. So soll es z. B. noch nicht gelungen sein, die Regierungen der beiden Oesen und von Nassau zu bewegen, zur Einführung des ermäßigten Portotarifs in ihre Länder ihre Zustimmung zu ertheilen, obgleich der Einnahmeausfall, welcher sich Anfangs vielleicht ergeben möchte, hauptsächlich der Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung zur Last fällt und von den Regierungen nur solche KonzeSSIONen gefordert werden, welche die drückenden Verpflichtungen jener Verwaltung einigermaßen er-











